

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2994
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/7521

Positionen der Landesregierung Brandenburg in der 912. Sitzung des Bundesrates am 07. Juni 2013

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 2994 vom 24.06.2013:

Das Abstimmungsverhalten in den Sitzungen des Bundesrates wird nicht protokolliert und somit ist es nicht möglich, das Abstimmungsverhalten der Landesregierung Brandenburg mit Hilfe vorliegender Informationen nachzuvollziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 912. Sitzung des Bundesrates am 07. Juni 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 9a (AIFM-Umsetzungsgesetz)
- TOP 9b (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz)
- TOP 41 (Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze)
- TOP 55 (Girokonto auf Guthabenbasis)
- TOP 57 (Aufsicht über Kreditinstitute)
- TOP 60 (Standortauswahlgesetz)
- TOP 70 (Klima- und Energiepolitik)
- TOP 71 (Schaffung eines Binnenmarktes für grüne Produkte)
- TOP 73 (EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel)
- TOP 74 (Förderung der ländlichen Entwicklung)

Zusätzlich frage ich die Landesregierung, warum Sie folgenden Antrag nicht mit eingebracht hat:

- TOP 55 (Girokonto auf Guthabenbasis)

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 912. Sitzung des Bundesrates am 07. Juni 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 9a (AIFM-Umsetzungsgesetz)
- TOP 9b (AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz)
- TOP 41 (Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze)
- TOP 55 (Girokonto auf Guthabenbasis)
- TOP 57 (Aufsicht über Kreditinstitute)
- TOP 60 (Standortauswahlgesetz)
- TOP 70 (Klima- und Energiepolitik)
- TOP 71 (Schaffung eines Binnenmarktes für grüne Produkte)
- TOP 73 (EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel)
- TOP 74 (Förderung der ländlichen Entwicklung)

zu Frage 1:

Brandenburg hat in der 910. Sitzung des Bundesrates am 07. Juni 2013 unter TOP 9a zum nichtzustimmungspflichtigen AIFM-Umsetzungsgesetz (Drucksache 375/13) im 2. Gesetzesdurchgang dafür votiert, den Vermittlungsausschuss nicht anzurufen.

Brandenburg hat unter TOP 9b zum zustimmungspflichtigen AIFM-Steuer-Anpassungsgesetz (Drucksache 376/13) die Anrufung des Vermittlungsausschusses dem Grunde nach und in allen Anrufungsgründen unterstützt. Die Begründungen ergeben sich aus den Begründungstexten der Strichdrucksachen 376/1/13 und 376/2/13. Letztere verweist zum Beispiel auf das Bemühen, Steuerausfälle durch Gestaltungsoptionen in Stundungseffekten bei Goldkäufen zu vermeiden.

Brandenburg stimmte unter TOP 41 beim nichtzustimmungspflichtigen Zweiten Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze (Drucksache 363/13) dafür, den Vermittlungsausschuss nicht anzurufen. Der mit dem Gesetz auf der Basis von Projektvorschlägen der Bundesnetzagentur konkret gestaltete Netzausbau sollte im Interesse der Energiewende ohne Verzögerungen voran gebracht werden. Zusätzlich wurde eine Entschließung (aus Drucksache 363/1/13 Ziffern 2 bis 4) verabschiedet, die sich für Flexibilität beim konkreten Trassenausbau und beim Bau von Netzverknüpfungspunkten ausspricht.

Brandenburg stimmte unter TOP 55 zur Mehrländerinitiative für ein Gesetz zur Einführung eines Anspruchs auf Einrichtung eines Girokontos auf Guthabenbasis (Drucksache 320/13) mit einer Plenarmehrheit für die Einbringung des Gesetzentwurfes beim Deutschen Bundestag. Die Landesregierung befürwortet diese spezifische Stärkung der Verbraucherrechte.

Brandenburg stimmte unter TOP 57 im ersten Durchgang zum Gesetzentwurf zum Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Aufsicht über Kreditinstitute auf die Europäische Zentralbank (Drucksache 408/13) der Stellungnahme des Bundesrates 408/1/13 mit allen Ausschussempfehlungen bei Enthaltung zur Ziffer 11 (keine Einwendungen zum Ge-

setzentwurf) sowie einem Plenarantrag 408/2/13 zu. Die Begründung für das Stimmverhalten und die Haltung des Landes zum Gesetzentwurf wird aus dem Text bzw. der Begründung der Strichdrucksachen sowie aus der zu Protokoll gegebenen Rede des Finanzministers Dr. Helmuth Markov (Plenarprotokoll 910, Anlage 28, Seite 347) ersichtlich.

Brandenburg stimmte unter TOP 60 im ersten Durchgang des Entwurfes für das Standortauswahlgesetz (Drucksache 324/13) der Stellungnahme des Bundesrates mit allen Ziffern der Strichdrucksache 324/1/13 zu. Die Landesregierung unterstützt alle in dieser Beschlussempfehlung enthaltenen Aussagen und Begründungen.

Brandenburg stimmte unter TOP 70 zum Grünbuch der Kommission: Ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik (Drucksache 247/13) bei Enthaltung zu Ziffer 3 und mit Ausnahme des Satzes 1 der Ziffer 4 für die Ausschussempfehlungen (Drucksache 247/1/13). Zu einem Plenarantrag 247/2/13 enthielt sich das Land inhaltlich analog zu Ziffer 3.

Die beiden Enthaltungen spiegeln die Sorge um einen möglichen Preisanstieg für Energie bei einer Verknappung von Emissionszertifikaten wider. Die Ablehnung eines Satzes bezieht sich auf die Haltung, dass nicht ein Verbot der hier behandelten Technologie gefordert wird, sondern nur die umweltbezogenen Risikoabschätzungen, Prüfungen und die weiteren notwendigen Forschungsarbeiten (Satz 2 der Ziffer 4 sowie Ziffer 5). Im Übrigen werden die Aussagen der Stellungnahme geteilt.

Brandenburg stimmte unter TOP 71 zur Kommissionsmitteilung für einen Binnenmarkt für grüne Produkte der Stellungnahme des Bundesrates (262/1/13) zu. Deren Aussagen zum neuen methodischen Rahmen zur Messung der Umweltleistungen durch den Umweltfußabdruck, zur Transparenz für Verbraucher bei der Vergleichbarkeit von Bewertungen sowie zur Beachtung der Handhabbarkeit von Kennzeichnungen auch für KMU teilt die Landesregierung.

Brandenburg stimmte unter TOP 73 der Stellungnahme gemäß Drucksache 303/1/13 zur Kommissionsmitteilung über die EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel zu. Die Begründung ergibt sich aus den unterstützten Textaussagen selbst.

Brandenburg stimmte unter TOP 74 zum Verordnungsvorschlag zur Förderung der ländlichen Entwicklung (Drucksache 294/13) mit Ausnahme der Ziffern 4, 5 und 8 bei Enthaltung zu den Ziffern 9, 10 und 11 der Strichdrucksache 294/1/13 mit den Ausschussempfehlungen zu. Gegen die Aussagen in diesen Ziffern bestanden fachliche Bedenken.

Frage 2:

Zusätzlich frage ich die Landesregierung, warum Sie folgenden Antrag nicht mit eingebracht hat:

- TOP 55 (Girokonto auf Guthabenbasis)

Zu Frage 2:

Obwohl das Anliegen des Gesetzentwurfs grundsätzlich geteilt wurde, bestanden u.a. offene Fragen zur geeigneten Verankerung des Rechtes im BGB oder im KWG, nach den Kontoführungsgebühren, zu bestehenden Vorgaben aus Sparkassengesetzen und zur Auswahl der Ausnahmetatbestände.